

**Zeitschrift:** Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde  
**Herausgeber:** Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel  
**Band:** 51 (1952)

**Artikel:** Der Friede von Basel : II. Teil  
**Autor:** Real, Willy  
**Kapitel:** 5: Die Berufung Hardenbergs  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-116558>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Fünftes Kapitel

*Die Berufung Hardenbergs*

Karl August von Hardenberg, aus hannoverschem Adel geboren, in den Annalen der preußischen Geschichte verewigt wie vor ihm kein anderer Staatsmann, war ein Meister der Verhandlung und des elastischen Lavierens, ein fein berechnender Diplomat, der den Erfolg suchte und darum in seiner Laufbahn nicht selten Konzeptionen und Ziele wechselte, ohne ernsthaft von diesem Wechsel berührt zu sein. Sein politischer Ehrgeiz sollte in Preußen seine Befriedigung finden. Hier galten Macht und Ordnung, und in diesem Staatswesen sah er mehr und mehr den Kristallisierungspunkt für die norddeutschen Stände. Von dieser norddeutsch-preußischen Basis aus, die mit aufklärerisch-protestantischer Denkungsart eine glückliche Verbindung einging, verfolgte er auch die Schicksale des Reiches, wobei er sich immer deutlicher von den reichskonservativen Auffassungen seiner welfischen Zeit abhob, um sich mehr und mehr von den Erfordernissen des preußischen Machtstaates lenken zu lassen. Seiner Herkunft nach ein Vertreter monarchistischer Regierungsformen und als Aristokrat ein Gegner demokratischer Methoden in Gesetzgebung und Verwaltung, hat er jedoch seine Grundsätze niemals einseitig verabsolutiert, sondern ist in mancher Hinsicht den Ideen der Revolution sogar sehr zugänglich gewesen. Erst als die revolutionäre Propaganda sich über Deutschland ergoß und die aristokratische Ordnung selbst umzustürzen drohte, stellte sich Hardenberg entschlossen auf die Seite der alten Mächte. Seine Abneigung gegen das Haus Habsburg schwand in dem Maße, wie er sich von der Notwendigkeit einer Solidarität der gefährdeten Throne überzeugte. Das stolze Gefühl, im Rahmen der europäischen Gemeinschaft die preußische Großmacht zu vertreten, verband sich bei ihm mit der inneren Verpflichtung, auch für des Reiches Schutz und Fortbestand Sorge zu tragen. Seine Wirksamkeit in den fränkischen Fürstentümern hatte ihn einen tiefen Blick in die absonderlich komplizierten Verhältnisse des alten Reiches tun lassen. Sein Dienst an Preußen ist in jenen Jahren nicht ohne den Blick auf die unwägbare Wirklichkeit der durch das altdeutsche Kaisertum repräsentierten politischen Ordnung Mitteleuropas zu verstehen. Das eine war ohne das andere nicht zu denken. Was Preußen tat, durfte nicht ohne Rücksicht auf das Reich geschehen. Das Reich war in seinen Augen vielmehr ein Revier aktiver preußischer Betätigung. Und doch fiel, da vom

Reich keine großen Kriegsanstrengungen mehr zu erhoffen waren und die Stände in ihrer Ohnmacht immer einhelliger in Preußen ihren Beschützer erblickten, seine Reichspolitik letztlich wieder mit seiner Preußenpolitik zusammen. So wünschte er den Einsatz aller preußischen Machtmittel, um im Dienste für dieses Reich das Schicksal der Stände an dasjenige Preußens zu ketten und nach dem Kriege nicht ohne reiche Entschädigung diese Hegemonialpolitik zu festigen<sup>1</sup>.

Mit diesen Ansichten stand er dem König näher als alle Minister. Wie kein anderer hatte er sich für die Fortsetzung des Krieges eingesetzt. Unentwegt suchte er nach neuen Aushilfen, um Geld herbeizuschaffen und um Preußen nicht dem Reich und das Reich nicht seinem Könige entgleiten zu lassen. Ohne amtlichen Auftrag bemühte er sich um Anleihen, um militärisch stark zu sein, wenn, wie er sich das wünschte, die vorderen Reichskreise an Preußen um die Vermittlung eines Friedens herantraten<sup>2</sup>. In der Tat erreichte er es, daß sich schon im November 1794 eine ganze Reihe von Ständen und Kreisen mit einer diesbezüglichen Bitte an den König wandte. Was ihm damals zeitweilig als wünschenswerteste Lösung vorschwebte, war ein allgemeiner Friede, der das Reich mit umfaßte und nur so Preußens Rücktritt vom Kriege erst rechtfertigen konnte. Nicht zuletzt wurde durch seine Bemühungen ein Waffenstillstand unter preußischer Vermittlung ein weithin hörbares Richtwort des Tages<sup>3</sup>.

Aber Hardenberg wußte um die Schwierigkeiten einer umfassenden Friedensregelung unter preußischer Führung. Darum bemühte er sich auch ständig, neue Kräfte für eine vielleicht doch noch erzwungene Fortsetzung des Krieges zu sammeln. Den Frieden mit einer Preisgabe des linken Rheinufers zu erkaufen, war ihm um die Jahreswende noch ein unerträglicher Gedanke. So stand im Hintergrund seiner Gedanken immer zugleich auch die Weiterführung des Kampfes. Darin wußte er sich mit seinem König einig, als er sich anschickte, eine 10-Millionen-Gulden-Anleihe bei den Kreisen aufzulegen. Die Zeit drängte. Nach seinen

<sup>1</sup> Vgl. Hardenbergs Berichte vom Beginn des Jahres 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>2</sup> Hardenberg an den Landgrafen von Hessen-Kassel, 5. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Ferner P. Hassel, Das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien des Basler Friedens 1794/95 (N. A. f. sächs. Gesch. u. A. Kunde, 12, 1891, S. 213); Zierke, 45 ff. und Frankenstein, 195 f.

<sup>3</sup> Vgl. beispielsweise die Beschlüsse der von allen regierenden Agnaten beschickten nassauischen Hauskonferenz von Mitte Februar 1795 in der Arbeit von E. Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, die Mächte und das Reich im Jahre 1795, Diss. Berlin, 1915, S. 16 ff.

Berechnungen waren für die Fortsetzung des Krieges bis zum Mai 1795 rund 8 Millionen Gulden erforderlich. Hessen-Kassel hatte ihm 1,8 Millionen in Aussicht gestellt. Von Frankfurt hoffte er zwei Millionen zu bekommen<sup>4</sup>. Von manchen Ständen liefen die Antworten nur zögernd ein; im ganzen besehen, blieb Hardenberg aber vorerst optimistisch angesichts des guten Willens so mancher kleiner Stände wie Ysenburg oder Nassau-Usingen.

Diese verhältnismäßig günstig klingenden Berichte nahm der König dankbar entgegen. In der Hoffnung, so die Rheinarmee wenigstens über den Winter zu bringen, ermächtigte er unterm 13. Dezember seinen Minister, ein Darlehen bis zu einer Höhe von 10 Millionen Gulden zu 4½% aufzunehmen und den Gläubigern eine noch näher zu bestimmende Sonderhypothek zu bewilligen<sup>5</sup>.

In Wirklichkeit war jedoch eine so hohe Summe nicht so schnell zu haben. Das ganze Geschäft zog sich unerquicklich in die Länge. Bis Anfang Januar war erst eine Million gezeichnet worden. Den günstigsten Widerhall hatte die Anleihe noch in Frankfurt gefunden. Aber auch hier stellten sich bald Schwierigkeiten ein. Mit der Höhe der Summe stieg der Reiz, Wucher zu treiben. Viele Geldleute hatten ihre Kapitalien im Ausland angelegt. Hatten sich die kleineren Stände recht willig gezeigt, so hatten die größeren vielfach versagt<sup>6</sup>. Kurmainz und Baden verwiesen auf ihre leeren Kassen. Hessen-Kassel hatte die versprochenen 1,8 Millionen noch nicht zur Verfügung gestellt. In Darmstadt wollte man sich zunächst mit den Landständen beraten. Von Kurköln und Kurtrier, von Würzburg, Bamberg, Sachsen-Weimar, Gotha, Coburg, Meiningen u. a. war nichts zu erhoffen. Manche ließen überhaupt mit ihrer Antwort auf sich warten. Der fränkische Kreis hatte zwar eine halbe Million anbieten lassen, daran aber so ungünstige Bedingungen geknüpft, daß Hardenberg das Angebot entrüstet zurückwies. Hardenberg sah schließlich nur noch einen Weg, näm-

<sup>4</sup> Schonungslos schilderte Hardenberg z. B. dem Frankfurter Magistrat den Ernst der Lage (Promemoria vom 7. 12. 1794 i. Pr. G. St. A.). Preußen könne unmöglich die Kriegskosten allein bestreiten. Werde es nicht unterstützt, so müsse es im Januar sein Heer zurückziehen. Nur eine Anleihe von einigen Millionen Gulden könne eine weitere Verwendung preußischer Truppen im Westen ermöglichen. In ähnlicher Weise trat er auch an die übrigen Stände heran (Hardenberg an den König, Frankfurt, 7. 12. 1794; Pr. G. St. A.).

<sup>5</sup> Der König an Hardenberg, 13. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>6</sup> Es hatten z. B. gezeichnet: Nassau-Usingen 50 000, Ysenburg 60 000, Thurn und Taxis 30 000, Nassau-Weilburg 25 000, der Graf von Stolberg-Wernigerode 9000, das Kloster Ebrach 50 000, das Kloster Banz 20 000, ein jüdischer Verpflegungskommissar namens Pfeiffer 40 000 Gulden.

lich Lieferungen von den widerspenstigen Ständen zu fordern. Er erinnerte daran, daß auch Frankreich einst im Siebenjährigen Krieg durch drastische Naturalforderungen seine Verpflegungsschwierigkeiten hatte lösen können und daß Österreich jetzt in Schwaben etwas Ähnliches tat. Auch Preußen sollte nun so verfahren, nicht zuletzt, um dadurch die geistlichen Stände aus ihrem Hochmut und ihrer Gleichgültigkeit zur Pflicht zurückzurufen<sup>7</sup>. Als Struensee, dem die Anleiheverhandlungen Hardenbergs geradezu ein Dorn im Auge waren, vom König am 10. Januar eine Kabinettsorder erwirkte, die Hardenberg jede weitere Verfolgung aller Geldgeschäfte in Frankfurt untersagte, wandte sich dieser in gerechter Empörung gegen die Vorwürfe des Finanzministers<sup>8</sup>. In Frankfurt und an anderen Orten hatte er bislang über 11,6 Millionen Gulden für die Kriegsführung flüssig gemacht. Ohne jede Provision waren diese Summen unmittelbar den Feldkassen zugeflossen. Soeben erst hatte er bei der Bank in Ansbach eine vierprozentige Anleihe von einer Million aufgelegt. Es war verständlich, daß er sich nun durch Struensees Vorwürfe in seinem Patriotismus aufs tiefste gekränkt fühlte. Aber er war nicht der Mann, der sich mit dieser Entwicklung widerspruchslos abfand. Unzweideutig gab er in Berlin seine Auffassung zu erkennen. Die Ehre Preußens verbiete eine Allianz mit Frankreich, schrieb er Mitte Januar in einem *Mémoire*; ein Friede sei zwar notwendig, aber man müsse die friedenswilligen Reichsstände mit einbeziehen und nur mit Zustimmung der bisherigen Verbündeten einen Frieden suchen. Diese wiederum sei nur zu erhoffen, wenn Preußen dem Reiche die Rheinlande erhalte. Sei Frankreich nicht zum Frieden auf dieser Basis bereit, so verfolge es auch gegen Preußen seine alten Ziele; und damit werde die Fortsetzung des Krieges unvermeidlich. Man müsse eine gehörige Streitmacht bereithalten und kompromißlos die Beibehaltung des linken Rheinlandes verfechten. Ein Sonderfriede als isolierter Schritt der preußischen Politik sei völlig untragbar. Auch im äußersten Fall habe der Monarch wenigstens als Kurfürst von Brandenburg sein Reichskontingent fernerhin zu stellen<sup>9</sup>. Wie seine Berichte erweisen, war Hardenberg zu Beginn des Jahres 1795 noch recht weit von den Auffassungen Möllendorffs entfernt, wie er ja überhaupt alle politischen Erwä-

<sup>7</sup> Hardenberg an Haugwitz, 3. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

<sup>8</sup> Weisung an Hardenberg vom 10. 1. und Hardenberg an den König, 16. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

<sup>9</sup> Berichte Hardenbergs vom 24. 1. und 18. 2. 1795 (Pr. G. St. A.). Vgl. auch sein *Mémoire* vom 13. 1. 1795 (Pr. G. St. A.) sowie Zierke, 61; Ranke, I, 249.

gungen des militärischen Oberkommandos seit Jahr und Tag argwöhnisch verfolgte. Eine Annäherung an Frankreich lag nur insofern in seinem Programm, als sich durch sie eine im Augenblick noch nicht klar zu überschauende Möglichkeit bot, die Stellung Preußens im Reich zu erhöhen. In ihm war das Bewußtsein lebendig, daß Preußen doch auch ein unlösbares Glied des größeren Reiches sei und die Aufgabe mit übernommen habe, es zu verteidigen gegen alle Angriffe aus dem Westen. Zugleich aber hatte er auch ein sicheres Gefühl dafür, daß im Wandel der geschichtlichen Erscheinungsform deutscher Staatlichkeit Preußen an Österreichs Stelle zu treten habe und es darum das Reich in den Dienst seiner staatlichen Machtinteressen stellen dürfe, wie ehedem das Haus Habsburg es auch getan.

Hardenberg war der Mann, den der König für die Fortsetzung der Basler Verhandlungen ausersehen hatte. Es war die erste große diplomatische Aktion seiner Laufbahn. In der Technik des Verhandelns, in dem vorsichtigen Abtasten aller Möglichkeiten und Widerstände und in dem entschlossenen Zugreifen überall da, wo sich Erfolgsaussichten boten, zeigte er schon hier das Gepräge seiner späteren Staatskunst. Es ist nun freilich sehr bemerkenswert, wie dieser Mann in Basel Bedingungen unterschreiben konnte, zu denen er noch bis unmittelbar vor seiner ersten Begegnung mit Barthélemy in geradezu diametralem Gegensatz gestanden hatte. Sollte er in Basel nur reguliertes Werkzeug des Berliner Ministeriums gewesen sein und unter Zwang unterschrieben haben, was er im Grunde selbst verwarf? Vielleicht hat er in einer Neutralisierung Norddeutschlands in erster Linie die Möglichkeit einer preußischen Hegemonie, die er mit seinen reichspatriotischen Empfindungen für vereinbar hielt, gesehen, und vielleicht hat diese ihn blind gemacht gegen die gefahrvollen Wirkungen des Basler Friedens. Zwar an die Weisungen aus Berlin gebunden, hat er doch dem Frieden sozusagen seinen Stempel aufgedrückt; er ist dann nach der Unterzeichnung bald von dem Vertragswerk abgerückt, aber man darf nicht die Lobsprüche vergessen, mit denen er den unterschriebenen Text seinem König zur Ratifizierung übersandte. Wie man es auch immer betrachtet, ein ungeklärter Rest verbleibt.

Fragen der Verwaltung der fränkischen Fürstentümer, vor allem der in Ansbach-Bayreuth herrschende Widerstand gegen die Errichtung einer preußischen Bank in Franken hatten nach seinem Zeugnis schon im Dezember in ihm die Absicht genährt, sich zur Klärung dieser Angelegenheiten nach Berlin zu begeben. Daß jedoch in Wirklichkeit Struensees Intervention gegen seine An-

leiheverhandlungen ihn bewogen hat, diese Reise zu tun, darf als sicher angenommen werden. Da erreichte ihn die Weisung Haugwitz', unverzüglich zur Entgegennahme von Vollmachten und Instruktionen für die Fortsetzung der Basler Verhandlungen vor dem König zu erscheinen. Am 15. Februar Frankfurt verlassend, reiste er über Ansbach, Nürnberg, Bayreuth nach Potsdam, wo er am 24. eintraf<sup>10</sup>.

Der schon mehrfach erwähnte Graf Luxburg hatte über die innerfranzösischen Verhältnisse ihm in einem Tone berichtet, daß Hardenberg sich in seiner entschiedenen Ablehnung der französischen Ansprüche nur bestärkt fühlen konnte<sup>11</sup>. Durfte man Luxburgs Angaben glauben, so war das Volk kriegsmüde und verdrossen. Wirtschaft und Gewerbe lagen darnieder; es mehrten sich die Stimmen, die nach einem konstitutionellen Königtum verlangten. Luxburg hielt es für möglich, in einem energisch geführten vierten Feldzug Frankreich niederzuwerfen. Trotz aller Erfolge würde sich nach seinem Urteil der Konvent zu billigeren Bedingungen bequemen, aber man dürfe dabei nicht selber als friedensbedürftig erscheinen, sondern müsse ihn davon überzeugen, daß man sich nun erst recht rüste, seine Heere zu vernichten. Luxburg hatte die französische Rheinarmee in ihren Stellungen zwischen Hüningen und Landau gesehen. Die Soldaten seien dienstunfähig und kriegsmüde wie die Zivilbevölkerung auch, wußte er zu berichten, und selbst der Befehlshaber habe sich nach dem Stande der Friedensverhandlungen erkundigt. Den Franzosen mit dem nächsten Feldzug zuvorkommen und sie mit allen Kräften anzugreifen, das war nach Luxburgs Ansicht das einzige unfehlbare Mittel, endlich eine Wendung herbeizuführen.

Diese Mitteilungen waren Hardenberg aus der Seele gesprochen. Sie bestärkten ihn in seiner Auffassung, daß auch in Frankreich das Friedensbedürfnis seinen höchsten Grad erreicht hatte und man trotz aller Mißerfolge in Holland<sup>12</sup> einen vertretbaren Frieden

<sup>10</sup> Haugwitz an Hardenberg, 6. und 16. 2. 1795; Hardenberg an den König, 24. 2. 1795; Weisung an Harnier, 15. 2. 1795 (sämtlich i. Pr. G. St. A.). Am 16. 2. bat Haugwitz ihn noch einmal dringend, seine Ankunft zu beschleunigen, da der «Drang der Zeit» seine Anwesenheit unbedingt erfordere.

<sup>11</sup> Luxburgs Gattin war als Geisel nach Metz entführt worden. Um sie zu befreien, hatte sich der Graf zu dem ihm befreundeten Barthélemy begeben und in dieser Angelegenheit auch Teile des östlichen Frankreich bereist (Hardenberg an Haugwitz und an den König, 31. 1. 1795; Luxburg an Hardenberg, 30. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

<sup>12</sup> Über Ursachen und Verlauf der Katastrophe geben die von Vivenot veröffentlichten Dokumente weitgehend Auskunft. (Vgl. bes. Thugut, Clerfayt, Wurmser, Wien, 1869). Der Briefwechsel zwischen dem Kaiser,

erreichen konnte, wenn man nur entschlossen die Vorbereitungen für einen vierten Feldzug betrieb, ohne freilich dabei den Verhandlungsfaden abreißen zu lassen. Er wußte, daß der Monarch seinen Ansichten nahestand, und stimmte mit ihm darin überein, daß das englische Parlament mit allen Mitteln den Kampf fortzusetzen entschlossen war. Darum näherte er sich auch entschieden der These, durch die Wiederaufnahme der Subsidienzahlungen den König zu einem erneuten Einschwenken in den Kreis der Verbündeten bewegen zu können.

Unbegründet waren seine Hoffnungen nicht. Aufmerksam hatte der König aus dem Munde Lord Spencers vernommen, daß in der Tat neue Subsidienangebote Pitts möglich waren. Noch am 28. Februar konnte der Lord aus Berlin seinem Chef nach London berichten, daß Friedrich Wilhelm dem Gedanken an einen weiteren Feldzug immer noch sehr nahe stehe und sich vielleicht doch noch gegen das Ministerium und den Prinzen Heinrich durchsetzen werde<sup>13</sup>. Diese Auffassungen zu stärken, hielt Hardenberg für seine Pflicht, hatte man doch nach seiner Ansicht aus Furcht vor einem Bruch der Verhandlungen schon zuviel Zugeständnisse gemacht. Trotz seiner abweichenden Beurteilung der Lage galt Hardenberg schon seit Monaten bei vielen als der geeignete Friedensunterhändler. Westeuropa, der Rhein und die vorderen Reichskreise waren gleichsam sein Revier. Mit der Kriegslage und den ersten Annäherungsversuchen vom Sommer 1794 genau vertraut, hatte er schon im November neben Goltz im Vordergrund gestanden. Im Lager der Koalition wurde seine Beauftragung freudig begrüßt. Spencer sah in ihm einen Anhänger der alten Allianz und witterte Möglichkeiten, neue englische Angebote wirksam werden zu lassen<sup>14</sup>. Malmesbury notierte am 1. März in sein Tagebuch: «Hardenberg sucht die Verhandlungen hinzuziehen, bis er durch mich weiß, daß England Preußen Subsidien anbietet. Ich bürge dafür, daß ich *ihn* für aufrichtig halte, nicht aber seinen Hof.» Selbst Thugut versprach sich wieder Vor-

Clerfayt, Wurmser und Dietrichstein beweist aufs deutlichste, wie sehr vor allem der Kaiser daran festhielt, jene Gebiete zu verteidigen. Immer wieder verlangte er einen eindeutig offensiven Feldzugsplan für das folgende Jahr, vornehmlich gegen Luxemburg und Mainz. (Vgl. Vivenot, 25 ff., 46 f., 48 f. und öfter; ferner P. Hassel, a. a. O., 231 und Hüffer, Ergänzungsband, 141 ff.).

<sup>13</sup> Spencer an Grenville, 28. 2., 10. 3., 21. 3., 24. 3. 1795 (Herrmann, 511 ff.). Vgl. auch Ranke, I, 282 f.

<sup>14</sup> Spencer an Grenville, 10. und 24. 3. 1795 (Herrmann, 513 f.). Spencer schrieb u. a.: «Ich vermute, daß ihm Vollmacht verliehen ist, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, aber er hat verlauten lassen, daß er sie vorher in die Länge ziehen werde.»

teile. Mit Hardenberg hatte der König sich zweifellos für den geeignetsten Partner entschieden, den er dem klugen Barthélemy gegenüberstellen konnte. Von allen Helfern am preußischen Friedenswerk war er derjenige, der die Problematik der Aufgabe, die dem Unterhändler gestellt war, am klarsten durchschaute.

Am 28. Februar unterschrieb Friedrich Wilhelm Vollmacht und Weisung für ihn<sup>15</sup>. Wären die beiden Dokumente damals bekannt geworden, sie hätten unmöglich Spencers oder Thuguts Beifall gefunden. Die Abtretung der linksrheinischen Besitzungen war darin so gut wie zugestanden. Die ungewöhnliche Wichtigkeit der Verhandlungen, so stand hier zu lesen, habe auf jeden Fall die Fortsetzung der Besprechungen verlangt. Aus Harniers Akten und Instruktionen könne er entnehmen, daß nicht mehr ein Waffenstillstand, sondern der Separatfriede selbst angestrebt werde. Man sei bereit, die Republik anzuerkennen, sich jeder Einmischung in innerfranzösische Angelegenheiten zu enthalten und korrekte diplomatische Beziehungen alsbald wieder aufzunehmen. Die linksrheinischen Besitzungen Preußens betreffend, erinnerte die Weisung zwar daran, daß dieses Sache des Reichsfriedens sei, bis dahin auch die Abtretung der preußischen Gebiete verschoben werden müßte und daß Hardenberg demzufolge prinzipiell an der Unmöglichkeit eines definitiven Arrangements festzuhalten habe. Dann aber kam das Nachgeben Preußens recht deutlich zum Ausdruck: sollten nämlich die Franzosen schon jetzt genauere Bestimmungen über das Schicksal der fraglichen Gebiete verlangen, so sollte Hardenberg diese Ansprüche zwar mit Rücksicht auf das Ansehen der Monarchie vorerst noch geheimhalten, um aber die Verhandlungen nicht zu gefährden, wurde ihm für den äußersten Fall bereits der Entwurf eines Geheimartikels in vier Fassungen mitgegeben, von denen die Fassung d das extremste darstellte, wozu der König bereit war. Alle anderen Punkte traten demgegenüber an Bedeutung zurück. Für die Zeit nach dem Kriege sollte Hardenberg sich gegen das Durchmarschrecht französischer Truppen durch preußisches Gebiet wehren und nach Möglichkeit jede Einmischung Frankreichs in die polnischen Angelegenheiten hintanhalten, vor allem, da der König nach den Worten der Weisung unerschütterlich auf der geplanten Erweiterung seiner Grenzen bis zur Weichsel und zum Narew bestand<sup>16</sup>. Was die guten Dienste

<sup>15</sup> Vollmacht und Weisung im Pr. G. St. A. Daselbst auch der Vertragsentwurf.

<sup>16</sup> Auch an dieser Stelle geht aus der Weisung hervor, daß man damals (28. 2.) immer noch keine klare Vorstellung vom Stand der russisch-österreichischen Teilungsverhandlungen bzw. deren Abschluß in Berlin hatte.

des Königs für seine Mitstände betraf, so kam es zunächst darauf an, sich Klarheit über die Absichten der Franzosen zu verschaffen, nicht zuletzt auch, soweit es sich dabei um das Schicksal der österreichischen Niederlande handelte.

Zu dieser Weisung legten die Minister dem König am 1. März eine Ergänzung zur Unterschrift vor. Denn soeben war Harniers Bericht vom 17. Februar eingetroffen, aus dem die Bereitwilligkeit Frankreichs hervorging, jede endgültige Abmachung über die neue Grenze bis zum allgemeinen Frieden aufzuschieben. Daraus folgte man, daß auch Frankreich an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung in Norddeutschland interessiert war. So sollte Hardenberg nunmehr eine Demarkations- und Neutralisationslinie vorschlagen, die auf dem rechten Rheinufer von Mainz bis Wesel und Emmerich verlaufen, von dort über Anholt, Bocholt, Borken, Coesfeld nach Münster führen sollte, um dann dem linken Emsufer bis zur Mündung dieses Flusses zu folgen. Der König sollte sich verpflichten, für die Respektierung dieser Linie notfalls auch gegenüber den Engländern zu sorgen. Lehnten die Franzosen sie ab, so war Hardenberg ermächtigt, eine zweite vorzuschlagen, die von der Lahnmündung über Ehrenbreitstein, Wesel nach Emmerich verlief. Außerdem durfte er noch eine dritte zugestehen: sie sollte verlaufen von Frankfurt über Königstein, Limburg, Altenkirchen, Homburg, Wipperfürth, Lennep, Elberfeld nach Werden, von dort am linken Ruhruf er entlang den Rhein erreichen, diesem bis Emmerich folgen, um im weiteren Verlauf mit den beiden zuerst vorgeschlagenen Linien übereinzustimmen.

Wie sah nun im einzelnen der Vertragsentwurf aus, der Hardenberg mitgegeben wurde? Er betraf folgendes: Friede und gutes Einvernehmen sollten fortan herrschen, Feindseligkeiten, Requisitionen, Beschlagnahmungen aufhören, Kriegsgefangene spätestens zwei Monate nach Austausch der Ratifikationen entlassen werden. Der König wollte sich verpflichten, innerhalb von vierzehn Tagen nach der Unterzeichnung sein Heer zurückzuziehen. Für den vierten Artikel hatte das Ministerium zwei Fassungen entworfen. In der ersten hieß es, daß innerhalb dreier Monate nach Auswechselung der Ratifikationen das gesamte von den Franzosen besetzte Gebiet der Monarchie zu räumen und uneingeschränkt zurückzuerstatten sei, während die zweite Fassung nur von einer Rückgabe der rechtsrheinischen Besitzungen sprach. Darüber hinaus enthielt diese Fassung den sehr wichtigen Zusatz, daß aus militärischen Gründen beide Parteien übereingekommen seien, die linksrheinischen Gebiete Preußens bis zum Reichsfrieden den Franzosen zur Besetzung zu überlassen und daß bis

zu diesem Zeitpunkt jede endgültige Entscheidung über diese Gebiete aufgeschoben werde. Da ferner Preußen mit Abschluß des Friedens als neutral zu gelten hatte, sollten weder französische noch die Truppen anderer kriegsführender Mächte preußisches Gebiet betreten dürfen. In einem weiteren Artikel erklärte sich Frankreich bereit, die guten Dienste des Königs für die Wiederherstellung des Friedens mit den Reichsfürsten anzunehmen.

Besonders wichtig waren die geheimen Separatartikel. Vier Fassungen zum ersten dieser Artikel wurden Hardenberg mitgegeben. Die Fassungen a, b, und c sahen ein Übereinkommen vor, nach welchem die Abtretung der linksrheinischen Teile der Monarchie als von dem künftigen Reichsfrieden abhängig anerkannt wurde, diese Frage mithin bis zu diesem Zeitpunkt aufgeschoben werden sollte. Dann wichen die Fassungen voneinander ab. Falls der Reichsfriede den Franzosen den Rhein als Grenze zuerkannte, wollte sich der König freundschaftlich mit Frankreich nach Fassung a über den *Besitz* der preußischen Territorien auf dem linken Rheinufer, nach Fassung b über die *Abtretung* dieser Gebiete verständigen. In der Fassung c wollte er sich verpflichten, diese Lande gegen eine passende Gebietsentschädigung abzutreten. Die Fassung d sah eine Übereinkunft vor dahingehend, daß die endgültige und öffentliche Regelung der Grenzfrage bis zum Reichsfrieden ausgesetzt werden sollte. Falls Frankreich sich dann durchsetzte, wollte der König seine linksrheinischen Besitzungen gegen eine hinreichende Entschädigung abtreten. In dem vorgesehenen zweiten Geheimartikel hatte sich Frankreich zu verpflichten, die Garantie für die anderthalb Millionen Reichstaler zu übernehmen, die der König dem Herzog von Zweibrücken geliehen hatte.

Noch unmittelbar vor seiner Abreise hat sich Hardenberg vertraulich über diese Weisungen geäußert<sup>17</sup>. Neben mancherlei Bedenken und pessimistischen Äußerungen hinsichtlich der territorialen Ziele Frankreichs und der Annahme der guten Dienste des Königs für seine Mitstände nannte er in dieser schwierigen Lage, wo der Feind unter Umständen bis in das Herz Deutschlands eindringen konnte, als Ziel aller Verhandlungen, den Gegner von Norddeutschland und vor allem von den Grenzen Preußens fernzuhalten. Die Annahme der Demarkationslinie war ihm geradezu ein Kriterium für den guten Willen Frankreichs. Wurde sie abgelehnt, so war nach seinen Worten die Fortsetzung des Krieges und die Wiederherstellung der Koalition dringend geboten. Es dürfe nicht dahin kommen, schrieb er, daß gerade diejenige Armee,

---

<sup>17</sup> Hardenberg an Haugwitz, 1. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

die am meisten gefürchtet und in diesem Kriege noch in keiner Schlacht geschlagen sei, von den übrigen Streitkräften getrennt werde. Man müsse die Absichten Englands kennen, um es eventuell auf einen Bruch der Verhandlungen ankommen lassen zu können. Auf jeden Fall versprach sich Hardenberg davon eine gewisse Erleichterung, wenn man die Franzosen zu der Einsicht führen könnte, daß der König notfalls auch zu einer antifranzösischen Politik die Hand bieten würde. Von einem vorbehaltlosen Abschluß eines Friedens war er jedenfalls noch weit entfernt. Sicher hätte er sich zur Übernahme der Basler Verhandlungen nicht so ohne weiteres bereit gefunden, wenn er nicht hätte annehmen dürfen, daß auch der Monarch ihm im Grund seines Herzens beipflichtete. Beide sahen nur mit Zurückhaltung dem kommenden Frieden entgegen. Was das Unternehmen für Hardenberg vielleicht noch erträglich machte, war der Gedanke an einen sich anschließenden Reichsfrieden unter der Vermittlung des Königs, zumal er wußte, ein wie sicherer Faktor die Friedenssehnsucht der Stände in seinem Kalkül darstellte<sup>18</sup>.

Hardenberg verließ Berlin am 2. März. Bis Friedberg verlief die Reise wie vorgesehen. Dann aber verhinderte nach seinen Berichten der trostlose Zustand der Wege ein schnelleres Vorwärtskommen. In Wahrheit aber verlangsamte er seine Reise wohl absichtlich. So hatte er zunächst dem Herzog von Braunschweig seine Aufwartung gemacht – wahrscheinlich um sich bei ihm über die jüngste Entwicklung der Beziehungen zu England zu informieren, vor allem aber um die erwarteten Beschlüsse des englischen Kabinetts zu beschleunigen. Diese Vermutung wird durch ein Schreiben Malmesburys an den General Harcourt vom 16. März erhärtet, in dem es hieß, Hardenberg scheine den Abschluß des Vertrages um mehrere Wochen verschieben zu wollen, um sich Klarheit über die englischen Pläne zu verschaffen<sup>19</sup>.

Aber aus London erreichte ihn kein befreiendes Wort. Als er in gedrückter Stimmung am 10. März in Frankfurt mit Möllendorff zusammentraf und den aus Basel eingetroffenen Depeschen entnehmen konnte, daß Frankreich unerbittlich die linksrheinischen Gebiete verlangte, war er mehr denn je überzeugt, daß dieses

<sup>18</sup> Vgl. beispielsweise über Max Franz von Köln Braubach, 290; über Hannover und Braunschweig s. Haugwitz an Hardenberg, 14. 3. 1795, und an den Herzog von Braunschweig, 9. 3. 1795 (Pr. G. St. A.). An weiteren Vermittlungsgesuchen seien erwähnt diejenigen von Hessen-Kassel, Württemberg, Frankfurt, Zweibrücken, Darmstadt, Baden, Wied-Neuwied, Usingen und Weilburg.

<sup>19</sup> Sorel, *Rev. hist.*, VII, 322.

alles versuchen würde, sich seines am meisten gefürchteten Feindes zu entledigen, um das wankende Ansehen des Konventes zu stützen. Aber noch hatte Preußen sich nicht endgültig festgelegt; noch war nach seiner Ansicht möglich, die preußische Haltung von Grund auf zu überprüfen. Man müsse die Franzosen daran erinnern, schrieb er an Haugwitz, daß derlei harte Bedingungen den König auch zwingen könnten, den Krieg fortzusetzen und eher die äußerste Energie aufzubieten, als einen gefahrvollen Frieden zu unterzeichnen<sup>20</sup>.

In solchen Stunden der Niedergeschlagenheit hat er stets erneut auf die Wiederaufnahme des Kampfes gehofft. Alle seine Überlegungen und Empfehlungen gipfelten in dem Wunsch, Englands Haltung kennenzulernen, um gegebenenfalls die Franzosen vor die Alternative zu stellen, entweder unter angemessenen Bedingungen Frieden zu schließen oder weiterzukämpfen. Unaufhörlich bestrebt, die Fäden der englischen Politik zu entwirren, hatte er durch seinen Freund Gervinus und einen sich damals in Frankfurt aufhaltenden Engländer namens Crawford Einzelheiten zu erfahren gesucht. Die Nachrichten klangen zunächst nicht ungünstig. Gegen Rußland war man in London verstimmt, und gegen Österreich erhob man Vorwürfe wegen der überraschend schnell erfolgten Aufgabe Hollands. Aber wozu England nun wirklich bereit war, das war nun freilich sehr schwer zu erkennen. Ob es von Preußen den ersten Schritt erwartete? Die Nachrichten klangen gar zu unbestimmt.

Das Kabinettsministerium wünschte begreiflicherweise nicht, daß Hardenberg seine eigenen Wege ging. Er sollte weder Möllendorff zu einer Verzögerung seiner Rückzugsbewegungen veranlassen, noch sich über das unbedingt erforderliche Maß hinaus mit den Engländern einlassen<sup>21</sup>. Darum hielt man ihm auch wiederholt die Gründe vor, die einen Frieden notwendig machten. Alle waren sie nach Haugwitz' Worten schwerwiegend genug, um ein Abkommen zu treffen, sofern Frankreich nur ein Mindestmaß an Sicherheit verbürgte. Diese Sicherheit aber war nach Ansicht der Minister schon gegeben, wenn Frankreich die Demarkationslinie akzeptierte. Gegenüber diesem Verlangen spielte die Frage der Gebietsabtretung in dieser letzten Phase der Verhandlungen nur noch eine geringere Rolle. In einer Weisung vom 18. März wurde zwar be-

<sup>20</sup> Hardenberg an Haugwitz, 11. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

<sup>21</sup> Niederschrift Haugwitz' vom 13. 3. 1795; Weisung an Hardenberg, 14. 3. 1795; Haugwitz an Hardenberg, 14. und 19. 3. 1795 sowie 24. 3. 1795; ferner Weisung an Hardenberg vom 18. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

tont, daß die Gebietsabtretung in den zur Veröffentlichung vorgesehenen Artikeln unzulässig sei. Man glaubte anscheinend, schon genug erreicht zu haben, wenn man in Geheimartikeln die französischen Forderungen erfüllte. Man vertraute der französischen Loyalität, daß sie auf eine entwürdigende *öffentliche* Abtretung der linken Rheinlande verzichtete. An Hardenberg erging jetzt zwar der bestimmte Befehl, den Franzosen, falls sie auf die demütigenen Bedingungen nicht verzichteten, nachdrücklich zu erklären, daß der König in diesem Fall zur Fortsetzung des Krieges entschlossen sei. Aber diese Sprache drückte in keiner Weise die wirkliche Auffassung der Minister aus. Sie war für Barthélemy und Bacher bestimmt und stellte nichts anderes dar als eine belanglose Drohung, wie die zu Hardenbergs persönlicher Orientierung hinzugefügte Bemerkung des Königs bewies, daß bis zur Stunde das britische Kabinett ihm über eine eventuelle Hilfeleistung noch gar nichts habe mitteilen lassen. Desgleichen war auch der Hinweis auf den angeblichen Entschluß der Zarin, sich aktiv am Kriege zu beteiligen, nur eine Drohung, die jeder Grundlage entbehrte, wie die Umgebung des Königs selbst am besten wußte. Wie sehr das Kabinettsministerium geneigt war nachzugeben, beweist auch ein Privatbrief Haugwitz' an Hardenberg vom 19. März, in welchem er die Weisung vom Vortage erläuterte<sup>22</sup>. Er schrieb, in der dienstlichen Weisung habe man zwar bezüglich der Demarkationslinie den Ausdruck «*conditio sine qua non*» gebraucht; aber man wolle in Wirklichkeit doch dem Minister nicht unnötig die Hände binden. Bei etwa auftretenden Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt möge er also nicht in Verlegenheit sein, etwa deswegen die Unterzeichnung auch nur hinauszuschieben. Immerhin hatten sich auf die Demarkationslinie in erster Linie seine Bemühungen zu richten, während es nur als «*äußerst wünschenswert*» hingestellt wurde, die «*öffentliche und sofortige*» Gebietsabtretung abzulehnen. Sollte aber die französische Verfassung die Ratifizierung von Geheimartikeln verbieten, so mußte äußerstenfalls noch ein weiteres Zugeständnis gemacht werden. Haugwitz sprach es umwunden aus: «Da wir über die Sache – die Abtretung der benannten Provinzen – einverstanden sind, so müßte uns die *Form* allein, trotz des widrigen Eindruckes und des dadurch sinkenden Ansehens des Königs, nicht abhalten, dennoch abzuschließen.» «Können wir einen sicheren Frieden haben», so schrieb er zusammenfassend, «so lassen Sie uns wachen, daß kein Dämon uns ihn raube.»

<sup>22</sup> Haugwitz an Hardenberg, 19. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

Dieser Nachgiebigkeit des Ministeriums gegenüber hat Hardenberg bis vor die Tore Basels verzweifelt um eine festere Haltung Preußens gerungen. Von Kentzingen im Breisgau aus, das er am 15. März erreichte, fragte er noch einmal im Tonfall bitterer Klage seinen Freund Haugwitz: «Können Sie denn England auf keine Weise zur Erklärung bringen?»<sup>23</sup> Noch einmal suchte er das Ministerium zu bewegen, die französischen Ansprüche abzulehnen und wieder Anlehnung an England zu suchen. «Sollten denn nicht», so schrieb er weiter, «im Falle der äußersten Not, wenn man dem Volke gezeigt hat, daß alles getan sei, um den Frieden ohne Zerstückelung der Monarchie und mit der erforderlichen Sicherheit zu erhalten, die Stände der königlichen Provinzen Patriotismus genug haben, um auf ihren Kredit ein ansehnliches Anlehen zu eröffnen?» Hardenberg hatte Anlaß zu dieser Klage. Fast zur gleichen Stunde wie er war nämlich am Abend des 15. März der Kurier aus Basel in Kentzingen eingetroffen. Hardenberg nahm Kenntnis von Harniers jüngstem Bericht, fügte eigene schriftliche Bemerkungen hinzu und entließ den Boten nach Berlin, wo dieser am 22. eintraf<sup>24</sup>.

Hardenberg war tief enttäuscht. «Um sich abzurunden», schrieb er jetzt, «um die Grenzen von Paris aus weit vorzuverlegen..., um das Reich zu schwächen, die Zahl der geistlichen Fürsten zu verringern, sich für die Kosten des Krieges zu entschädigen, um den Assignaten wieder Kredit zu verleihen..., müßten Rhein und Maas Frankreich als Grenzen dienen.» Auf diese Ziele lief seiner Ansicht nach der französische Vertragsentwurf hinaus. Ihn unterzeichnen, hieß in seinen Augen das Ansehen des Königs untergraben und weite Gebiete der Monarchie ohne garantierte Entschädigungen preisgeben. Die wichtigsten Punkte unterzog er daher noch einmal einer besonderen Betrachtung.

Im französischen Entwurf hieß es, die linksrheinischen Besitzungen Preußens würden endgültig beim Abschluß des Reichsfriedens dem Schicksal der übrigen linken Rheinlande folgen. Da hier von einer Entschädigung überhaupt keine Rede war, war nach seiner Auffassung die Abtretung dieser Gebiete bereits ausgesprochen. Das mindeste, was zu verlangen war, mußte die in einem Geheimartikel verbindlich ausgesprochene Zusage territorialer Entschädigungen sein, die er im Rahmen der Säkularisation geistlicher Stände durchaus für möglich hielt. Aber er gab doch

<sup>23</sup> Hardenberg an Haugwitz, 17. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

<sup>24</sup> Hardenberg an den König, 16. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

zugleich auch zu bedenken, wie sehr der König sich auch dann noch kompromittieren könnte, wenn in einem künftigen Reichsfrieden ohne Preußens Zutun die bisherige Grenze erhalten bliebe.

Die Demarkationslinie sah der französische Plan überhaupt nicht vor. Selbst wenn man in dieser Hinsicht noch gewisse Hoffnungen hegen durfte, so stand dem doch, wie Hardenberg bemerkte, der vierte Artikel des französischen Entwurfes entgegen, nach dem Preußen seine Truppen aus seinen rechtsrheinischen Gebieten bis auf Friedensstärke zurückzuziehen hatte. Konnte da Preußen seine Neutralität noch verteidigen? Würde ihm nicht vielmehr die Gewalt des Siegers aufgezwungen? Wo blieb da die Bereitschaft Frankreichs, die guten Dienste des Königs für seine Mitstände anzunehmen? Als Ganzes betrachtet, hielt er das Projekt in der vorliegenden Form nicht für annehmbar. Äußerstenfalls müßte nach seiner Auffassung der Krieg fortgesetzt werden. Er empfahl, wenigstens noch für einige Zeit eine drohende Haltung einzunehmen, sei es durch die laut verkündete Mobilisierung aller Mittel, sei es durch eine Wiederannäherung an England. Von sich aus war er jedenfalls bereit, die Franzosen vor die Wahl zu stellen, entweder einen loyalen Frieden zu schließen oder eine energische Fortsetzung des Krieges hinzunehmen. Von dieser Taktik versprach er sich mehr als von schwächerer Nachgiebigkeit.

Am Abend des 18. März traf Hardenberg in Basel ein. Wie er nach Berlin mitteilte, hatten ungewöhnlich schlechte Wegeverhältnisse seine Ankunft verzögert. In Wahrheit aber war es ihm darauf angekommen, die Haltung Englands im Falle eines Abbruches der Verhandlungen zu klären. Was Malmesbury am 23. Februar seinem Tagebuch anvertraut hatte: «Preußen willigt in alle von Frankreich vorgeschlagenen Friedensbedingungen – schändlich und unglaublich. Das ist das Werk des Prinzen Heinrich!»<sup>25</sup>, von Hardenberg konnte so etwas niemals gelten. Nach all seinen persönlichen Bekundungen war nicht zu erwarten, daß er sich herbeiließ, unwürdige Bedingungen zu unterschreiben.

---

<sup>25</sup> Malmesbury, Diaries, II, 111.